

VERBÄNDE

Bayern-IHK bunkert Beiträge

Die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern will in den nächsten Jahren massiv in den Um- und Ausbau ihrer Geschäftsstellen investieren – und die Kosten vor allem den Beitragszahlern aufbürden. Das geht aus einem Rechtsstreit mit einer ihrer 382 000 Mitgliedsfirmen hervor. Ein Kinobetreiber aus München hatte beim Verwaltungsgericht Klage gegen seinen Zahlungsbescheid eingereicht. In der Klageschrift moniert er die hohen Rücklagen der Kammer. Diese sollten zurückerstattet oder für Beitragsenkungen verwendet werden, fordert er. Die Anwälte der Kammer weisen den Vorschlag zurück – und gewähren tiefe Einblicke in die Finanzplanung der Bayern-IHK. Die Vorsorge sei notwendig, argumentieren sie, weil allein die Sanierung des Stammhauses in der Münchner Innenstadt fast 73 Millionen Euro verschlinge. Weitere 33 Millionen Euro seien zur Anmietung eines Ausweichquartiers während des Umbaus sowie für die Erweiterung von Geschäftsstellen vorgesehen. Da sich die Kosten aus den laufenden Erträgen nicht decken ließen, drohe ohne das Finanzpolster bis 2017 eine Finanzlücke von 60 Millionen Euro.